

# Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: 77, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 60460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 173 B

BERLIN • Dienstag, den 26. Juli 1932

1. JAHRGANG

## Nazi-Pastor fordert Terror.

AUS DEM INHALT:

Der Wahlkampf-Maulkorb.  
Papens fadenscheinige Begründung.  
Die Weißgardisten Rußlands in Gefahr.  
Aus Hugenbergs Füllhorn.  
Erlebnisse in Barcelona.  
Weltmacht Chemie.

### Die Bilanz von Genf.

S. H. Als am 2. Februar die Abrüstungskonferenz eröffnet wurde, stellten wir fest, daß es in Genf keine einzige Stimme gebe, die die Ansprüche der Vernunft mit gebietender Kraft vertreten würde. Wir beschlossen, auf jedes ehrliche Wort, das dennoch gesprochen werden sollte, auf jedes wirkliche Streben nach Taten zu hören. Unter diesem Gesichtspunkt wollen wir heute nach dem vorläufigen Abbruch der Konferenz eine kurze Bilanz ziehen.

Der andere Vorschlag, bei dem Zustand der internationalen Anarchie der wirksamste im Interesse des Friedens, ist der der völligen Entwaffnung aller Staaten. Dieser Vorschlag ist von Rußland vertreten worden. Er wurde von den Konferenzmächten gleichfalls völlig abgelehnt und mit dem billigen Vorwurf eines bloßen Bluffs erledigt.

2. Mit der Ablehnung dieser beiden Vorschläge war der Wille zur Abrüstung diskreditiert. Denn alle Vermittlungsprojekte, die auf eine quantitative oder qualitative schrittweise Abrüstung abzielten, ohne ein bißchen Zeit in der Abrüstung einer der Parteien zu verschleiern, sind nicht einmal in dem Punkt durchgefallen, ob durch die Annahme auch nur eine Verminderung der Kriegsgefahr herbeigeführt wird. Die Humanisierung der Kriege, die hier zum Maßstab gewählt wird, schwächt nämlich bei den Regierungen die Hemmung, auf die Menschheit die Hölle des allgemeinen Kriegens loszulassen.

Der Kompromißweg der schrittweisen Abrüstung, auf den man sich in Genf nach kurzer Zeit einigte, ist vor allen Dingen unter Führung Englands beschritten worden. Er führte dahin, daß in endlosen Ausschusssitzungen das wirkliche Streben nach Taten erstickt wurde. Man braucht sich nur zu erinnern an die wochenlangen verlogenen Bemühungen der Ausschüsse, die Technik des Definierens zu handhaben. Der Versuch Amerikas, diesen Methoden ein Ende zu bereiten durch den einfachen und derben Vorschlag, die Rüstungen kurzer Hand um ein Drittel zu vermindern, fiel durch und ist neben den anderen Kompromißplänen mit ehrenden Worten in dem Benesch-Protokoll, diesem Mausoleum der Abrüstungskonferenz, zu Grabe getragen worden.

Die Bilanz über die Abrüstungskonferenz kann nicht abgeschlossen werden, ohne der Politik Erwähnung zu tun, die in Genf betrieben worden ist.

Es war von vornherein klar, daß man sich mit Japan, der kriegführenden Macht, auf dieser Abrüstungskonferenz nicht vereinigen würde. Es ist auch nicht geschehen.

Es war ferner klar, daß man sich Rußland nicht annähern werde, obwohl Litwinow, nachdem sein erster Vorschlag abgelehnt worden war, bis zum letzten Augenblick den ernstesten Versuch machte, wenigstens auf dem Wege des Kom-

### Hitler und der Sohn Gottes.

E. G. Naziversammlung in einem Dorf in der Lüneburger Heide.

Redner: Pastor H.  
Vor dem Lokal, in dem Versammlungsraum, überall SA in Uniform. Kurgäste, Bauern, Handwerker, Landarbeiter sitzen um zwei lange Tische und auf den langen Bänken längs der Wand. Als wir eintreten, steckt man die Köpfe zusammen, man flüstert: „Die Kommunisten“. Wir sind gar keine Kommunisten, aber über unserem Heim weht eine große rote Fahne. Die Versammlung beginnt. Der Redner, Pastor H., ist ein wohlbeleibter Hüne mit tiefem Baß und wilden Locken, ein Mann „in den besten Jahren“. Sein Braunhemd und NS-Abzeichen erstaunt uns. Bei einem Geistlichen wirkt so etwas doppelt befremdend. Aber je länger sich sein Wortschwall über uns ergießt, desto mehr begreifen wir das Braunhemd und desto mehr entschwindet uns ein Vertreter dessen, der die Sanftmut, die Demut, die Nächstenliebe, ja die Feindesliebe lehrte.

Pastor H.s ganze Rede war ein Aufruf zur Aggressivität: „Wir haben ein heiliges Recht auf Gegenwehr.“  
„Hier gibt es nur einen Ausweg: Selbst ist der Mann!“ (Womit er meinte, daß man nicht warten solle, bis die Polizei einen schütze — die Polizei mußte weg sein — sondern man solle sich selber sofort zur Wehr setzen.)  
„Wir fordern von Hitler die Aufhebung des Verbots, Waffen zu tragen!“  
„Wie wir damals im Landtag aufgeräumt haben, so muß überall gesäubert werden!“  
Ganz vorn, neben dem Rednertisch, saß der Landjäger vom Ort und hörte sich alles das freundlich schmunzelnd an.

Gegen die „Zersetzungserscheinungen“ auf allen Gebieten, vor allem auf der Bühne und in der Literatur, wollte Pastor H. auch mit Gewalt vorgehen.

„Diese Schmutzstücke“ (Hasenclevers „Ehen werden im Himmel geschlossen“, dann „Der Kaufmann von Berlin“, Remarques „Im Westen nichts Neues“!)

„Es ist unverständlich, daß 2 Millionen deutsche Frontsoldaten so was dulden.“

„Bei solchen Bubenstücken nützen keine Proteste, keine Resolutionen,

da nützt nur eins: aggressives Vorgehen. Und Gott sei gedankt, es hat genützt. Wir sehen es ja. Wenn jetzt in Berlin ein Stück aufgeführt werden soll, da kommt der Herr Direktor erst zur Leitung der NSDAP gekrochen und bittet recht höflich: „Gestatten Sie? Dürfen wir das aufführen?“ So bekamen wir ein Bild von dem „kulturellen Hochstand“ des Dritten Reiches.

Wir werden den Deutschen zu anderem, neuem Denken erziehen! Mit welchen Mitteln die NSDAP dieses „andere

neue Denken“ erreichen will? „Unser erstes Ziel ist Ergreifung der Macht, und das wird nicht mehr lange währen. Dann aber werden wir diese Macht ganz rücksichtslos ausüben!“

Andere Blüten aus des Pastors Rede: „Wer deutsch ist, auch wenn er Kommunist ist, wählt am 31. Juli NSDAP. Denn das Glück findet man nur bei Adolf Hitler.“ „Es steht schon in der Bibel:

Als die Zeit erfüllt war, sandte Gott seinen Sohn. Nun denn: Hitler ist der Mann, der von Gott dem deutschen Volke gesandt ist als der Retter!“

„Wenn die bürgerlichen Parteien noch nicht ihre eigenen Ideen aufgegeben haben, so nur deshalb, weil sie unseren Geist noch nicht begriffen haben.“

„Glaubt etwa einer von euch noch an den Spukwahn, wir Deutsche hätten uns aus barbarischen Völkern entwickelt? Es ist nicht wahr, was man in der Schule darüber lernt, daß die alten Germanen in Schurzellen einhergegangen seien. Die alten Germanen sind *sittsam* gekleidet gegangen. Die Frauen haben schon 1500 Jahre vor Christus Wollkleider gekannt und die waren derart, daß jede deutsche Frau sie noch heute anziehen könnte, ohne sich zu schämen.“

Sehr einfach war seine Lösung der Arbeitslosenfrage: „Wir haben etwa 6 Millionen Arbeitslose. Sie verschlingen jährlich rund 4 Milliarden Mark.

Zwei Millionen Arbeiter spannen wir sofort ein in den Arbeitsprozeß (Wege bauen, Oedland kultivieren u. s. w.), sie erhalten jeder 2000 Mark.

Ueber 3 Milliarden geben wir jährlich für Einfuhr aus. Das können wir uns sparen. Dafür werden 1½ Millionen Arbeiter in den Arbeitsprozeß aufgenommen.

Diese 3½ Millionen Arbeiter zahlen dem Staat natürlich Steuern. Von diesen Steuern werden die restlichen 2¼ Millionen Arbeiter beschäftigt.“

Wie einfach!

In bezug auf Führertum gab Pastor H. zu, daß „in einzelnen Stücken es in der NSDAP etwas auf die Spitze getrieben wird. Manch einer dünkt sich bei uns ein kleiner Hitler.“

Sogar den Adolf ließ er nicht ganz ungeschoren. Hitler soll gesagt haben: „Wenn ich 15 Jahre früher geboren wäre, dann wäre der Krieg, die Revolution, Inflation und alles, was hinterher kam, nicht gewesen.“ Dazu meinte H.: „Hitler, da hast du etwas über die Stränge geschlagen!“

Ein echter Streiter der christlichen Nazikirche, zu der sich die protestantische Kirche mehr und mehr entwickelt. Um so mehr müssen wir darauf bedacht sein, in Kürze wenigstens die Arbeiter aus diesem Nazi-Verfall herauszuführen.

## Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich entscheidet sich für den Stärkeren.

k Leipzig, 25. Juli.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich trat unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke am Montag pünktlich um 9 Uhr in die Beratung der Ergebnisse der Verhandlung in der Staatsrechtsklage der abgesetzten preussischen Regierung gegen die Reichsregierung ein. Gegen

13 Uhr verkündete der Vorsitzende das Urteil:

**Der Staatsgerichtshof hat die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen.**

Entscheidender Grund: Einer Zerteilung der Staatsgewalt könne er nicht zustimmen.

promisses, einige Ergebnisse zu sichern. Diese Politik liegt ganz auf der Bahn der Friedenspolitik, die Sowjet-Rußland zur Zeit überhaupt treibt, wie das auch seine Pakte mit den Randstaaten beweisen. Die von Rußland angebotene Hand ist von allen Mächten zurückgewiesen worden. Der Arbeiterstaat ist aus seiner Isolation auf dieser Konferenz der Kapitalisten nicht herausgekommen.

Frankreich dagegen ist es gelungen, die Isolation, in die es durch das Vortreten seines Sicherheitsplanes geraten war, nicht nur zu überwinden, sondern durch die Annäherung an England mit dem Vertreter dieses Landes gemeinsam das Schicksal der Konferenz zu bestimmen und den Eindruck zu hinterlassen, daß die Politik Europas von diesen beiden Mächten gemacht wird. Dieser Erfolg war es Frankreich wert,

seine hochfliegenden Sicherheitspläne zurückzustellen und sich an den Verschleppungsmanövern Englands sogar so weit zu beteiligen, daß dieses leere Verhandlungsprotokoll möglich wurde. Das englisch-französische Bündnis ist in Lausanne gestiftet worden und hat dort in der Behandlung Deutschlands seine erste Frucht getragen. Auf derselben Linie liegt auch der weitere Erfolg der Koalitionspolitik, ihr Genfer Erfolg gegen Deutschland. Die Gleichberechtigungsforderung, die in Lausanne übergangen worden ist und von Papen für Genf angemeldet worden war, hat Herriot zurückweisen können, weil England sich Frankreich für diese Politik zur Verfügung stellte. Es war für Herriot nicht ganz leicht, das Genfer Erbe von Tardieu zu verwalten, der alle nicht-französischen Pläne sabotierte. Herriots Position wäh-

rend der ganzen Genfer Epoche war keineswegs gefestigt. Er konnte sich seinen Wählern gegenüber keine großen Abrüstungsversprechungen erlauben, noch weit weniger irgendwelche Konzessionen gegenüber Revisionsanträgen von deutscher Seite. Den überraschenden Hoover'schen Abrüstungsplan pariert zu haben, die Mißstimmung, die das Gentlemen-Agreement in Washington auslöste, überwunden und Amerika mit England gemeinsam zur Liquidation der Konferenz gebracht zu haben, das bedeutet einen taktischen Erfolg, auf den Frankreich mit Recht begeistert geantwortet hat.

England hat in Genf im Gegensatz zu seiner Lausanner Vermittlungstätigkeit keine hervorsteckende Rolle gespielt, was bei seinen Bremsabsichten auch nicht zu verwundern ist. Aber es hat einen Erfolg erzielt, allerdings an einer Stelle, die gerade in Deutschland wenig beachtet wird: Es hat erreicht, daß Deutschland und Frankreich sich nicht versöhnt haben, daß die führenden Mächte des Festlandes sich also weiter gegenseitig in Schach halten.

Deutschland hat die 100 m vor dem Ziel, die Brüning ihm für Lausanne und Genf voraussagte, noch zurückzuliegen. Die unglückselige Vermengung von Reparations- und Abrüstungsproblemen, die Papen in Lausanne betrieben hat und die Deutschland den Vorwurf einbrachte, es habe seine Befreiung von den Versailler „Diskriminationen“ mit drei Milliarden erkaufen wollen, hat es zusammen mit der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland völlig aussichtslos gemacht, die deutschen Gleichberechtigungsforderungen, die fast alle Konferenzmächte mit dem Wort „Recht auf Aufrüstung“ übersetzten, erfolgreich zu vertreten. Die kühne Politik, den Litwinow'schen Plan der völligen Entwaffnung zu unterstützen und die aufgezwungene Abrüstung im Interesse des allgemeinen Friedens freiwillig zu vollenden, ist unter den Männern, die die deutsche Republik in Genf vertraten, natürlich verpaßt worden. Aber darüber hinaus haben diese Männer durch das einseitige Hinstarren auf die Gleichberechtigung, mit deren Anerkennung sie nicht rechnen konnten, nicht einmal den Boden dafür bereitet, daß der Völkerbund den Artikel 8 seiner Satzung ernstnahm. Diesen Artikel 8 auszuspielen, der die Herabsetzung der Rüstungen zur Aufrechterhaltung des Friedens fordert, hätte einen Sinn und eine Berechtigung gehabt, wenn Deutschlands Hinweis auf seine eigene Rüstungsbeschränkung und seinen Friedenswillen auf das volle Vertrauen der Welt hätte stoßen können. Die Entwicklung Deutschlands zum Faschismus nahm seinen Forderungen die Berechtigung, die sie unter anderen Umständen gehabt hätten.

Eine solche Achtung gebietende Stimme ging nicht von Deutschland aus. Sie ging in Wahrheit von keiner der in Genf vertretenen Mächte aus. Daher steht der Artikel 8 nach wie vor auf dem Papier. Alle Staaten treiben weiter Souveränitätspolitik, und solange dieses Prinzip anerkannt wird, werden alle Völkerbundskonferenzen das Schicksal der jetzt gescheiterten Konferenz teilen.

## Gorguloffs Prozeß beginnt.

Am Montag wird sich Gorguloff, der Mörder des französischen Staatspräsidenten Doumer, vor dem Pariser Schwurgericht zu verantworten haben. Es wird mit einem gewaltigen Andrang gerechnet. Die Anklageschrift umfaßt zwei Teile. Der erste Teil behandelt den Anschlag auf den Staatspräsidenten und das Vorleben des Mörders, während sich der zweite Teil mit den Gründen befaßt, die Gorguloff zu seiner Tat getrieben haben könnten. Im Anschluß an die Verlesung der Anklageschrift wird man dem Angeklagten Gelegenheit geben, sich über sein Vorleben zu äußern. Die Verteidigung hat verschiedene Psychiater sowie die Frau Gorguloffs geladen, deren Aussagen beweisen sollen, daß der Mörder geistig nicht zurechnungsfähig ist. Diese These wird die einzige sein, auf die sich die Verteidigung stützt. Der Generalstaatsanwalt wird im Anschluß an die Vernehmung der Entlastungszeugen die Todesstrafe verlangen.

Den Geschworenen werden nur zwei Fragen zur Beantwortung vorgelegt: 1. Ist Gorguloff schuldig, am 6. Mai 1932 den Staatspräsidenten Paul Doumer ermordet zu haben? 2. Handelt es sich um einen vorsätzlichen Mord?

# Die Komödie ist beendet.

## Die Abstimmung in Genf.

Die Genfer Abrüstungskonferenz ist geschlossen. Am Sonnabend fand die namentliche Abstimmung über den Entschließungsentwurf statt, vor der der Vorsitzende Henderson eine kurze Rede hielt, die mit dem üblichen Höflichkeitshöflichkeit quitiert wurde. Die Führung der Konferenz war seinen Händen längst entglitten; der Inhalt seiner Rede war dementsprechend armselig.

Das Abstimmungsergebnis brachte  
41 Stimmen für die Entschließung,  
2 Stimmen dagegen,  
8 Stimmenthaltungen.

12 Staaten waren in der Sitzung nicht vertreten. Unter den Ja-Stimmen stimmten mit Vorbehalt: Irland, Japan, Persien und Bolivien. Die Nein-Stimmen kamen von Deutschland und Rußland. Unter denen, die sich der Stimme enthielten, waren Oesterreich, Ungarn, China, Italien und die

erst kürzlich in den Völkerbund eingetretene Türkei. Litwinow erklärte bei seiner Stimmabgabe: „Für Abrüstung und deshalb gegen die Entschließung.“ Nadolny erklärte, daß die deutsche Abordnung aus den bereits dargelegten Gründen (wegen der Nichtanerkennung der Gleichberechtigung, Red.) gegen die Entschließung stimme, daß sie aber damit keineswegs gegen den Grundsatz der Abrüstung und gegen den Hoover'schen Vorschlag stimme.

Nach der Abstimmung erklärte Henderson die Verhandlungen des Hauptausschusses für beendet. Die Entschließung ist lediglich als eine Empfehlung des Ausschusses an die Konferenz angenommen worden. Die Konferenz wird sich mit dem Entwurf nicht befassen, da ihre Beschlüsse der Einstimmigkeit bedürfen und diese bei der Haltung von Deutschland und Rußland nicht beigebracht werden wird. Das Präsidium der Konferenz ist zum 21. September einberufen worden, die Vollkonferenz muß innerhalb von vier Monaten nach dem Zusammentreten des Präsidiums einberufen werden.

## Wirtschaftskonferenzen.

### Agrarkonferenz in Warschau.

Ende August wird in Warschau eine Agrarkonferenz stattfinden, zu der die polnische Regierung die ost- und südosteuropäischen Staaten eingeladen hat. Der Versuch, Litauen zur Teilnahme zu bewegen, ist gescheitert.

### Verhandlungen in Ottawa.

Die ersten Vorschläge über ein Zollabkommen zwischen England und den Dominions sind von Kanada gemacht worden; Australien, Neuseeland und mit gewissen Einschränkungen auch Südafrika haben sich diesen Forderungen angeschlossen. England soll Fleisch, Weizen und Molkereiprodukte, die bisher auf der Freiliste standen, mit einem Einfuhrzoll belegen; dieser Zoll soll für die Dominions nicht gelten. Südafrika erhofft von dieser Vorzugsstellung vor allem für seine Gefrierfleischausfuhr eine Ausschaltung der argentinischen Konkurrenz. Die Dominions bieten England als Gegengabe zusätzliche Vorzugszölle für englische Exportwaren.

Die argentinische Regierung, die trotz ihres Wunsches keine Gasteinladung nach Ottawa erhalten hat, ist bereits am Werk, ihrerseits mit europäischen Staaten Zollverträge abzuschließen. Es sind Verhandlungen angeknüpft mit Deutschland und Polen; auch Dänemark, Schweden und die Tschechoslowakei werden genannt.

Der Gegensatz zwischen Irland und England ist in Ottawa nicht gemildert worden. Die irische Abordnung wird sich von allen Verhandlungen fernhalten, die sich auf den Handel zwischen England und Irland beziehen. Irland sei in Ottawa anwesend, weil es die Absicht habe, mit den anderen Dominions Handelsbeziehungen einzuleiten.

### Polen will Pakt mit Rußland ratifizieren.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Außenkommissar zunächst nichtendgültig mitgeteilt worden, die polnische Regierung sei bereit, den russisch-polnischen Nichtangriffsvortrag, der am 26. Januar in Moskau zwischen Außenkommissar Litwinow und dem polnischen Gesandten Dr. Patek paraphiert wurde, jetzt zu ratifizieren, ohne daß die russisch-rumänischen Verhältnisse geklärt sind. Die Formalitäten der Ratifizierung werden in einer Besprechung zwischen Krestinski und Patek geregelt werden.

Die Bereitwilligkeit Polens, den Vertrag ohne Klärung der rumänischen Frage zu ratifizieren, wird als ein großer persönlicher Erfolg der Politik Litwinows bezeichnet.

### China erfüllt japanische Forderungen.

Halbamtlich wird gemeldet, daß japanische Bombenflugzeuge Tschaojan erneut bombardierten. Es wurden 40 Bomben abgeworfen, wodurch die Stadt teilweise zerstört wurde.

Nach längeren Kämpfen sind japanische Truppen in Tschaojan eingedrungen und haben die Stadt besetzt.

Wie das japanische Kriegsministerium bekannt gibt, haben die chinesischen Behörden daraufhin dem japanischen Oberkommando erklärt, daß alle Forderungen des japanischen Oberkommandos erfüllt werden sollen. Auf Grund dieser Verpflichtung hat der japanische Kriegsminister Arai das Oberkommando angewiesen, Tschaojan in 24 Stunden wieder zu räumen. Die Räumung soll noch im Laufe des Sonntag erfolgen.

## New York In Geldnöten.

h New York, 24. Juli.

Bürgermeister Walker forderte in einer Rundfunkrede die städtischen Beamten auf, sich für das Jahr 1933 mit einer Gehaltsherabsetzung von 8½ Prozent einverstanden zu erklären, da die Stadt sonst dem Bankrott gegenüberstehe. Durch die Gehaltsherabsetzung würden 26 Millionen Dollar eingespart.

## Großzügige Polarforschungen der Russen.

Auf Einladung der russischen Regierung werden zwei deutsche Forscher am internationalen Polarjahr 1932 teilnehmen: Dr. Kurt Wölckel (Göttingen), der mit einer russischen Expeditions-Gruppe auf Nowaja Semlja arbeiten wird, und Dr. Joachim Scholz vom meteorologisch-magnetischen Observatorium (Potsdam), der der russischen Expedition angehört, die auf der zum Franz-Josephs-Land gehörenden Hooker-Insel ihre Forschungen betreiben wird. Die Expedition wird frühestens Herbst 1933 zu Ende sein. Für Dr. Scholz lassen die Russen ein eigenes Beobachtungshaus in Archangelak bauen, das der Elektrochemiker „Maljein“ zu seinem Behälter für die Messungen benutzt. Dr. Scholz steht zur Verfügung, um in Höhenflügen luftelektrische Messungen und Erforschung der kosmischen Höhenstrahlung in der Arktis durchführen zu können. Im ganzen wird diese Expeditionsgruppe 23 bis 26 Teilnehmer umfassen.

Zweck des internationalen Polarjahres 1932 ist, durch eine Reihe von Expeditionen die Arktis nach einem von verschiedenen Seiten aus gleichzeitig durchgeführten Plan zu erforschen. Das ist bisher einzelnen Expeditionen nicht möglich gewesen.

Der Segelflieger Grönhoff ist tödlich verunglückt. Seine Maschine legte sich bei einem Flug plötzlich schräg. Aus 80 Meter Höhe sprang Grönhoff ab und schlug auf dem Boden auf, als eben der Fallschirm sich öffnete. — Eine der Rekordleistungen Grönhoffs war ein Segelflug von 265 km, von München nach Kaaden in der Tschechoslowakei.

# Der Kaiser ging — die Generale blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Nachdem Papendieck die Bahnhofshalle passiert hat und die Straße so ruhig und so gewöhnlich wie immer vorfindet, bekommt er noch nachträglich Angst vor der eigenen Courage. Er beeilt sich, über den freien Platz zu kommen. Er wendet sich dem Hofen zu. In der Kaiserstraße stößt er auf einige Leute vom „Kurfürst“.

„Der Papendieck von der Backbordwache!“

„Hannes, da bist du ja wieder!“

„Hast du deinen Knaat hinter dir?“

„Das nicht, aber wir sind alle entlassen worden!“

„Komm man erst mit, heute sind Versammlungen gewesen, die sind gesprängt worden! Unsere vom „Kurfürst“ sitzen da unten bei Schülten.“

„Versammlungen sind gesprengt worden? Gott sei Dank, dann ist hier ja auch schon was im Gange, dann wird's hier ja auch bald losgehen!“

Sie gehen am Wall entlang, an Ladekais, an Schuppen und vertaut liegenden Torpedobooten vorbei. Sie kommen durch die Straße „Hinter der Mauer“, — eine enge Gasse, auf beiden Seiten öffentliche Häuser. Einige Frauen stehen, nur mit Strümpfen und leicht übergehängtem Mantel bekleidet, an den Türen und winken:

„Hallo, Jonny, komm hier rein!“

„Komm schon, heute bloß 'ne Mark!“

„Na, denn nicht, du doofes Aas!“

Die Laternen werden gerade angesteckt. Gruppen von Matrosen stolpern über das alte, holprige Pflaster. Ein Besoffener sitzt auf einer Türschwelle und zählt seine Groschenstücke. Gegenüber dem Tor, das die Straße „Hinter der Mauer“ abschließt, steht das Schloß des Prinzen Heinrich. Hundert Schritte weiter liegt das Restaurant von Heinrich Schülten.

Papendieck wird mit Hallo empfangen. Er erhält ein Glas Bier und muß mit allen anstoßen; dann erzählt er von Wilhelmshaven, von dem Grund seiner vorzeitigen Entlas-

sung aus dem Arrest, von der Einlieferung der Thüringen- und Helgolandheizer.

„Die hättet ihr sehen müssen, wie die aussahen. Und was die für einen Klamauk gemacht haben!“

„Aber bei uns an Bord erst! Wie der Raumschuh mit dem Schtüreisen hinter dem Obermaat hergebiestert ist! Und Bonczyk mit dem Feuerlöschschlauch...“

„Und wo steckt Raumschuh jetzt?“

„Eingesperrt, hundertzwanzig von uns!“

„Und vom Markgraf zweihundertfünfzig!“

„Als wir in Kiel ankamen, am nächsten Morgen, — wir haben kaum gemerkt, was los war. Einzeln sind sie an Deck hochgerufen worden, wir andern lagen noch in den Hängematten!“

„Wenn wir den Urlaubsdampfer kriegen wollen, dann ist's Zeit zum Gehen!“ mahnt einer.

„Hör doch schon auf mit deinem Urlaubsdampfer. An Bord kommen wir noch früh genug; wir fahren mit dem nächsten!“

„Wirt, noch 'ne Lage!“

„Prost, Hannes!“

„Prost, Fiete!“

„In der Arrestanstalt war gar nicht genug Platz. Die meisten haben sie nach den Forts gebracht.“

„Nach der Ringstraße und nach Fort Albert!“

„Und was soll jetzt werden?“

„Darüber reden wir doch gerade!“

„Wir dürfen uns das nicht gefallen lassen!“

„Ihr wißt doch noch, 1917 — Reichpietsch, Köbis erschossen! Tausend Mann auf Festung! Und wir andern haben nachher mehr zu fressen gekriegt, und dann war an Bord alles wieder ruhig. Diese dumme Bande, wenn die bloß was zu fressen kriegen, vergessen sie gleich wieder alles!“

Plötzlich wird die Tür aufgemacht und von der Straße drängt ein Knäuel Matrosen herein. Mützenbänder vom „Kronprinz“, vom „Markgraf“, vom „König“. Ihre Kragen sind verrutscht, die Mützen sitzen ihnen schiefe im Genick. Sie schnaufen und sind verschwitzt vom schnellen Laufen, alle reden wild durcheinander.

Auch Bonczyk vom „Kurfürst“ ist dabei, auch der schwarze Schorsch; Bonczyk packt einen an beiden Armen und redet auf ihn ein: „Hast du gesehen, so ein dreckiges

Schwein. In die Fresse muß man ihn hauen! Schlägt mit dem Bajonett immer rauf auf die Beine! Den ganzen Seestiefel hat er ihm aufgerissen, einen ganzen neuen Seestiefel!“

„Wir hätten nicht ausrücken sollen!“

„Dann hätten sie noch geschossen!“

„Mit Ausrücken kommen wir nicht weiter!“

Die vom Tisch sind aufgestanden:

„Was ist denn nun wieder passiert?“

„Was passiert ist? Diese Schweine, die vom Seebataillon!“

„Wir waren auf der Versammlung!“

„War denn noch eine Versammlung?“ fragt Papendieck.

„Im Gewerkschaftshaus, wegen der Verhaftungen! Wir waren vorher beim Kommandanten, aber der hat sich nicht sprechen lassen!“

„Auf allen Schiffen waren Abordnungen bei den Kommandos, aber die wollen nicht verhandeln!“

„Und im Gewerkschaftshaus konnte die Versammlung auch nicht stattfinden. Beide Eingänge waren mit Polizei besetzt! Und Plakate waren angeklebt: ‚Der Eintritt ist für Soldaten verboten! Der Festungskommandant!‘“

„Ich war in der Vorstellung bei dem Zauberkünstler Bellachini, — da kam ein Offizier rein, und alle Matrosen mußten die Vorstellung verlassen!“

„Wenn du in so einer Zeit keine anderen Sorgen hast!“

„Menschenskind, ich hatte doch schon Eintritt bezahlt. Das hätten Sie doch auch vorher sagen können!“

„Was war denn nun mit der Versammlung?“

„Wir sind nach dem Exerzierplatz marschiert, alle Mann geschlossen. Wir stehen da und einer hat gerade gesprochen...“

„Ein Flandernmatrose!“ unterbricht Bonczyk.

„Mensch, sei doch mal still. Also einer hat gerade gesprochen, das stimmt, ein Flandernmatrose. Er wollte dafür sorgen, daß die Werftarbeiter sich uns anschließen, sagte er...“

„Zwei Zivilisten waren auch da, von der SPD. Die sagten dasselbe. Sie wollen unsere Bewegung unterstützen!“

„Wir hatten gerade auf die verhafteten Heizer ein ‚Hoch‘ ausgebracht. Mit einemmal ist eine Kompanie vom Seebataillon da, die Seitengewehr aufgepflanzt, und die hauen gleich dazwischen.“

(Fortsetzung folgt.)

# Weißgardisten / Die Gefahr für Rußland.

M. S. „Es ist unmöglich, Phantasien als Tatsachen hinzunehmen und irgend etwas zu behaupten, was nicht handgreiflich und geprüft wäre.“

Diese Worte stehen in der Einleitung zu Barbusse's Denkschrift gegen die „Weiße Armee“, die er mit der Ueberschrift „Ich klage an“ in der kommunistischen „Humanität“ veröffentlicht hat.

Barbusse und Rolland haben den Kampfkongreß gegen den Krieg organisiert, der, aus Genf verjagt, nun in Belgien abgehalten werden soll.

**Sie haben zu diesem Kongreß aufgerufen, um den Willen der Kriegsgegner zu mobilisieren angesichts der Gefahr, in der Sowjet-Rußland steht.**

Diese Gefahr steigt mit dem Anwachsen der Arbeitslosenheere in Europa und Amerika. Sie steht mit ihr in unmittelbarem Zusammenhang. Denn, wenn die Kassen der kapitalistischen Regierungen nicht mehr ausreichen, Unterstützungen zu bezahlen, dann ist der Hunger da und damit der Aufstand. Die Abrechnung mit Sowjet-Rußland bietet den Regierungen die Möglichkeit, die Arbeitslosen zu Soldaten zu machen, Ausnahmerechte zu proklamieren, die Industrie anzukurbeln — kurz, einen Plan zu fassen, der inmitten der allgemeinen internationalen Anarchie den einzelnen Staaten die Spekulation nahe legt, in dem Kesseltreiben gegen Rußland sich selber einen Ausweg anzubahnen.

Eine solche Spekulation muß bei der Haltung des europäischen Industrieproletariats gegenüber dem Arbeiterstaat Rußland darauf abzielen, die eigene Verantwortung für die kriegerische Entwicklung der Politik möglichst zu verschleiern, die Provokation Rußlands ändern zu überlassen und sich nachher nur an der blutigen Auseinandersetzung zu beteiligen.

Barbusse's Anklage läuft darauf hinaus, die Provokateure Rußlands zu entlarven und den Anteil der Regierungen aufzuzeigen, den diese durch Gewährung des Asylrechts an dem Verbrechen jener Provokateure haben. Es handelt sich um das Treiben der Weißgardisten, die von den kapitalistischen Mächten ausgehalten werden und die, wie die Privatarmee Hitlers in Deutschland, bereit stehen, die Hetze gegen den Staat der Kommunisten in den offenen Krieg zu verwandeln.

Wir nennen die Tatsachen, die Barbusse gesammelt hat. Sie klingen ungeheuerlich. Um so wichtiger ist es, nicht an ihnen vorüberzugehen. Wenn auch nur die Hälfte der von Barbusse gemeldeten Vorbereitungen wahr ist, so wäre damit erwiesen,

**daß es eine internationale SA gibt, deren Konsolidierung und deren Ausbau jeden Augenblick so weit gefördert werden kann, daß ihre Provokationen den Krieg mit Rußland auslösen.**

## Die Tatsachen.

1. Die Hauptmasse der Weißen Armee, die eine internationale Polizei- und Militärkraft von über 200 000 Mann darstellt, ist in Frankreich konzentriert.
2. Der „allgemeine Kriegerverein“, der das Sammelbecken zur Aufstellung der Weißen Armee darstellt, umfaßt 15 große Organisationen, darunter 140 Kosakenvorinigungen unter der Führung des Generals Miller, der zu den meisten Militärkabinetten der europäischen Regierungen freien Zutritt hat.
3. In vielen französischen Betrieben sind die Soldaten der Weißgardisten tagsüber als Arbeiter beschäftigt. Bei Schneider-Creuzot ist eine ganze Eskadron ehemaliger Wrangel-Soldaten eingestellt.
4. In der Militärakademie, die die Weißgardisten neben ihren Schulen, Klubs und Genossenschaften unterhalten, sind — nach Angabe Millers — bereits über 10 000 Offiziere ausgebildet worden. Der Andrang wächst beständig.
5. Die Schießübungen dieser Privatarmee werden an Sonntagen auf den Schießplätzen der französischen Armee abgehalten.
6. Im Balkan und der Tschechoslowakei stehen 100 000 Weißgardisten bereit. Eins der Hauptzentren ist zur Zeit die Mandschurei. In New York ist kürzlich „die Gesellschaft Peters des Großen“ gegründet worden. Es gibt weißgardistische Lager in Australien und in Südamerika.
7. Die unmittelbare Aktion der Weißgardisten besteht heute in der Durchführung terroristischer Akte gegen die Sowjet-Union. Diese Pläne liegen in der Hand besonderer Verbände, unter denen der „Russische Zentralverband“ unter der Führung des zaristischen Erdölbesitzers Gukassow die erste Rolle spielt; die zweite spielt das „Industrie- und Handelskomitee“, die Organisation der früheren russischen Industriellen, die die finanzielle Unterstützung der weißgardistischen Terrorinstitutionen organisiert. Eine Gruppe der Terroristen wird von der Abteilung II des polnischen Generalstabes unterhalten.
8. An Terrorakten gegen Russen sind bisher vorbereitet und erfolgt:  
Die Ermordung Worowskis in Genf.  
Die Ermordung des Sowjetgesandten Wojkow in Warschau.  
Die Ermordung Schaposchnikows in Moskau.  
Dazu Mordversuche an Stalin, Litwinow und dem Handelsvertreter in Tokio.
9. Die Terrorakte gegen Russen sind jetzt zurückgestellt worden. An ihre Stelle treten Attentate gegen die Vertreter

jener Staaten, die mit Rußland diplomatische oder Handelsbeziehungen unterhalten. Das Ziel ist, den Abbruch dieser Beziehungen und damit kriegerische Verwicklungen zu provozieren.

Das erste Opfer dieses neuen Plans, war der deutsche Gesandtschaftsrat Twardowski, der nur leicht verletzt wurde. Die Untersuchung ergab, daß eigentlich der Gesandte Dirksen getötet werden sollte.

In die gleiche Reihe gehören alle Sprengstoffattentate auf Brücken und Gebäude in der Mandschurei.

10. Der Mörder des französischen Präsidenten Doumer, Gorguloff, ist ein Weißgardist. Die erste Aussage Gorguloffs nach dem Attentat lautet: „Ich wollte einen Zusammenstoß Frankreichs mit Rußland forcieren.“

Tardieu war der erste, der die Nachricht lancierte, daß Gorguloff ein Neo-Bolschewist sei, und damit die Hetze gegen Sowjet-Rußland einleitete. Da Gorguloff sich als ein unzuverlässiges Werkzeug in der Hand der Anti-Rußlandkampagne erwies, ist der Vorhang über dieses Attentat gesenkt worden.

Das Material, das Barbusse zusammengetragen hat, ist bisher auf den Kreis kommunistischer Zeitungen beschränkt geblieben. Dieser Kreis ist zu eng. Der Widerstand, der sich dagegen regt, dem Dunkelmannertreiben von Emigranten nachzugehen, den Machenschaften einer Klasse, die nicht abtreten will, ist in dem Augenblick unberechtigt, wo die Vertreter dieser Klasse zu Werkzeugen höchst aktiver und resoluter Organisationen gemacht werden, wie sie durch die modernen kapitalistischen Staaten repräsentiert werden. Die Koalition zwischen den Weißgardisten und den Regierungen, bei denen sie Unterkunft finden, gibt den Emigranten ihre Bedeutung, die gleiche Bedeutung, wie sie Hitler erst dadurch zukommt, daß er mit seinen Söldnern als Bützel der deutschen Großgrundbesitzer und Schwerindustriellen auftritt.

Gläubiger gleichzeitig erledigt und damit das ganze Volk.

Hugenberg sagt dann, wie er sich die

## Schuldentlastung

denkt: Der ausländische und inländische Gläubiger muß bei der heutigen deutschen Lage froh sein, wenn er sein Kapital zurtückerhält. In bezug auf die Zinsen muß er bescheiden sein. Und sofortige Kündigung und Rückzahlung des Kapitals darf und kann er nicht erwarten. Also muß eine „Konvertierung“, eine Umwandlung der in Frage kommenden Schulden in ganz niedrig verzinsliche und allmählich zu tilgende Amortisationsschulden erfolgen. Der Tilgungsbetrag darf aber nicht dem einzelnen Gläubiger ausbezahlt werden, der ihn dann vielleicht verzehren und hernach das Gefühl haben würde, sein Kapital eingebüßt zu haben. Der Tilgungsbetrag muß vielmehr bei einzelnen Gläubigerinstitutionen gesammelt und zur allmählichen Auslosung der von dem Verfahren erfaßten Forderung verwandt werden.

Was Hugenberg der nationalsozialistischen „Mundpropaganda“ — der Gegensatz ist offenbar die zwar auch mündliche, aber hinter verschlossenen Türen mit Industriellen als Objekt vor sich gehende Propaganda — läuft also darauf hinaus: Alle Schuldner, die guten und schlechten, ob sie zahlungsfähig sind oder nicht, brauchen kaum Zinsen zu zahlen, brauchen nur winzige Bruchteile des Kapitals jährlich zurückzuzahlen. Das ist ein Vorschlag zu Gunsten der schlechten und zahlungsunfähigen Schuldner, also zu Gunsten der Großagrarien und vieler Schwerindustrieller; denn diese kommen bei Durchführung des Vorschlags darum herum, bekennen zu müssen, daß sie bankrott sind; ihr Bankrott geht gewissermaßen unter in einem Gesamtbankrott.

Im Anschluß an Hugenberg sprach daher der Reklamechef der Deutschnationalen, Brosius, den schwerindustriellen und großagrarischen Auftraggebern sicher aus dem Herzen, als er sagte: „Wohl selten hat es einen politischen Führer gegeben, der in der Opposition oder wie jetzt außerhalb der Regierung stehend so viele praktische Vorschläge und fertige Gesetzentwürfe zur Verfügung gestellt hat wie Dr. Hugenberg. Aus der Erkenntnis, daß wir den Führer stellen können, den Deutschland zu seinem Wiederaufbau braucht — und lediglich darauf kommt es an, nachdem das System Brüning-Braun gestürzt ist —, treten wir Deutschnationalen vor das deutsche Volk und fordern unseren Anteil an der Macht.“

Als wenn diese Herren nicht längst einen Anteil an der Macht hätten! Es kommt für sie jetzt nur darauf an, ihn zu erhalten und noch besser für sich auszunutzen.

# Die Hornträger in Tätigkeit. Aus Hugenbergs Füllhorn.

Rpt. In einer Wahlrede in Karlsruhe hatte Hugenberg vor einigen Tagen gesagt, die Deutschnationale Volkspartei habe sich bisher auf Grund übler Erfahrungen davor gehütet, ihre Absichten preiszugeben, wie sie im Innern Ordnung schaffen wolle. Jetzt müsse man sich den veränderten Verhältnissen anpassen und die deutschnationalen Gedanken ausschütten und dem deutschen Volk zeigen, wie es zu machen sei.

In Stuttgart am 22. Juli begann Hugenberg damit, seine Gedanken „auszuschütten“. Dabei kam folgendes zu Tage: Die Deutschnationale Volkspartei „will möglichst viele Millionen von kleinen Eigentümern, von Existenzen, die aus der nie versiegenden Kraft des eigenen Interesses heraus die Hände frei und erfolgreich regen“. — Was will Hugenberg? Sicherlich nicht an Stelle der Großgrundeigentümer Millionen von Kleinbauern! Er will so kleine Eigentümer, daß die Lieferung von Arbeitskräften an die großen Eigentümer gesichert ist!

In einer Reihe von Zeitungen setzte Hugenberg das Ausschütten von Gedanken unter der Ueberschrift „Weltwirtschaftskrise“ fort. Er verrät, woher die Weltwirtschaftskrise kommt: Die Erklärung ihres Umfangs und ihrer Dauer liegt vielmehr in dem Aufbau und der Aufrechterhaltung unerfüllbarer und deshalb unsinniger internationaler Tribut- und Schuldverpflichtungen von Volk zu Volk: „Kapitalinflation“. Sie konnte nur auf der Grundlage einer ganz falschen und wirklichkeitsfremden, einer so grausamen Auffassung von den Begriffen Wirtschaft, Staat und Volk entstehen, wie die Lehre von Karl Marx sie sowohl in die Köpfe der Kapitalisten wie in die Arbeiterköpfe hineingebämmert hat. Es gibt in Wirklichkeit kein „internationales Kapital“. Ebensovienig gibt es ein „internationales Proletariat“. Kapital ist vielmehr eines der Werkzeuge der nationalen Wirtschaft, dem nationalen Willen des Staates unterworfen. Darum ist auch der

**Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nur ein geschichtlicher Uebergangszustand, ein zeitweiliger politischer Konstruktionsfehler.**

Weil Hugenberg der heutigen Regierung ja nicht fern steht, halten wir fest, was er über die Möglichkeit schreibt, die privaten deutschen Auslandsschulden zu „regeln“. Nicht nur die Tribute und Kriegsschulden müssen verschwinden, sondern auch die aus dem Kriege und aus den Tribut- inzwischen entstandenen unerfüllbaren internationalen Privatverpflichtungen, insbesondere die

**private 20-Milliarden-Schuld Deutschlands.**

Es muß darüber ein Akkord mit dem Auslande abgeschlossen werden. Ein solcher Akkord muß, — soweit der Normalfall der Buchschuld in Betracht kommt (im Gegensatz zu den börsenmäßig gehandelten Teilschuldverschreibungen) auf 4 Grundätzen beruhen: 1. Aufrechterhaltung der Nennbeträge des Kapitals.

2. Herabsetzung der Zinsen auf etwa 2 Prozent,
3. Unkündbarkeit des Kapitals, 4. Jahrestilgung mit etwa 3 Prozent im Wege der Kapitalauslosung. Ein solcher Akkord ist praktisch nur durchführbar, wenn er analog für die entsprechenden festgefrorenen, heute eigentlich verlorenen inländischen Kredite aufgefaßt wird, d. h. wenn er allgemeingültig durch die inländische Gesetzgebung geregelt wird.

In Liegnitz am 24. Juli grenzt sich Hugenberg zunächst deutlich von den früheren Regierungen und den Nationalsozialisten ab: Tribute und Sozialismus haben die Rente (den „Profit“ — dem Dogma von Karl Marx getreu) vernichtet — damit auch das Kapital, den Wert, der früher die Rente brachte, und damit auch die durch dies Kapital gesicherte Forderung des Gläubigers. — Die

**nationalsozialistische Mundpropaganda**

redet unverantwortlicher Weise den Schuldnern vor, unter nationalsozialistischer Herrschaft würden ihre Schulden „gestrichen“. Wenn so etwas ernst würde, wären Schuldner und

# Der „Führer“ vor den Nullen — eine Chance der Arbeiterwähler.

Gegenüber den Wahlkämpfen im März und April tritt bei diesem Wahlkampf in Berlin die nationalsozialistische Agitation an aufsehenerregender Zugkraft deutlich zurück. Dasselbe wird vielfach aus dem Reiche gemeldet. Auf vielen Versammlungen der Nazis ist schlechter Besuch festgestellt worden. Hitler selber läßt Töne vernehmen, die von einer Siegesicherheit in bezug auf den 31. Juli weit entfernt sind:

„Selbst wenn der 31. Juli keine Entscheidung bringt, so werden die Nationalsozialisten weiterkämpfen, bis zum Tage der Entscheidung.“ (Am Sonntag in Essen.)

Mit der Flaueit der Agitation steigen die Zahlen in den nationalsozialistischen „Kampfberichten“, 150 000 vor dem „Führer“ in Königsberg — so schreibt der „Völkische Beobachter“ eben. Zu diesem Thema: „Suggestion durch Zahlen“ bringt die freigewerkschaftliche „Welt am Montag“ folgende Angaben über die Beteiligung an den Hitler-Versammlungen dieses Wahlkampfes:

	Teilnehmerzahl nach Angabe des Hofschmucks	Nach objektiven Berichten
Tilsit	40 000	10 000
Gumbinnen	50 000	7-8000
Königsberg	150 000	25 000
Lötzen	20 000	5 000
Ortelsburg	25 000	?

(Beim Umzug nach der Rede 552 Teilnehmer, einschließlich der Kinder.)

	Teilnehmerzahl nach Angabe des Hofschmucks	Nach objektiven Berichten
Osterode	20 000	einige Tausend
Riesenburg	20 000	8 000
Schneidemühl	40 000	7 000
(37 000 Einwohner)		
(Dieser Zahl 40 000 auf der Titelseite steht die Zahl 25 000 auf der Innenseite des „VB“ gegenüber.)		
Kottbus	50 000	?
(50 000 Einwohner)		
Stralsund	Zehntausende	12 000
(erwartet wurden 25 000)		
Kiel	40 000	7-8000

Diese Chance für die Arbeiterschaft gilt es zu nutzen. Die Gefahr des Nichtwählens ist unter den Arbeiterwählern beider großer Parteien nach den deprimierenden Ereignissen der vergangenen Woche ungeheuer groß.

Weshalb überhaupt noch wählen? Papeu bzw. Hitler sollen nicht unter dem Schutz einer parlamentarischen Mehrheit diktieren. Sie sollen zu Verfassungsbrüchen genötigt werden, wenn sie diktieren wollen. Die Arbeiterschaft darf ihnen ihr Geschäft nicht auch nicht um ein wenig — erleichtern. Das erste, worauf es also ankommt, ist die geschlossene Mobilisierung der Arbeiterwähler.

# Die Herstellung der Einheitsfront — die entscheidende Aufgabe.

In der öffentlichen Versammlung des ISK in Braunschweig sprach am Freitag Fritz Grob aus Berlin. Die Berliner Ereignisse der vergangenen Woche zogen noch einmal im Zusammenhang an den Genossen vorbei. Die unerhörten Behauptungen Papens in seiner Rundfunkrede wurden festgehalten, die an „Kühnheit“ den Behauptungen Goebbelschen Reden kaum nachstehen. Es ist geradezu der Gipfel an Unverfrorenheit, wenn diese Regierung, die durch die Aufhebung des SA-Verbotes den NS den Weg des Terrors freigeben hat, behauptet, sie wolle „die Grundlagen für die Herstellung eines ordnungsmäßigen Rechtszustandes schaffen“.

Durch den Terror der neuen Regierungsmächte wird der Boden für die Entwicklung des Kampfes der Arbeiterschaft immer mehr eingeebnet. Der einzige Ausweg aus dieser gefährlichen Lage besteht in der

Einstellung des Bruderkampfes und der Herstellung der wirklich geschlossenen, alle Kräfte der Arbeiterklasse umfassenden Einheitsfront, damit die sozialistische Arbeiterschaft mit gesammelter Kraft ihr Lebensrecht verteidigen kann und nicht eine Arbeiter-Organisation nach der andern vernichtet wird.

Wir dürfen unsere Blicke durch alle für sich noch so wichtigen Einzelmaßnahmen nicht von dieser wichtigsten Aufgabe ablenken lassen. So sehr auch augenblicklich der Wahlkampf die Arbeit für die Einheitsfront hemmt, bleibt sie doch die wichtigste zu lösende Aufgabe.

In der Diskussion wurden die Fragen aufgeworfen und mit eindringlicher Klarheit beantwortet: Warum ist die Einheitsfront bisher nicht zustande gekommen? Was können wir zu ihrer Herstellung noch tun?

Es zeigt sich deutlich: In vielen kleinen Orten ist die Einheitsfront zustande gekommen. Je größer die Orte werden, je näher man den Leitungen der großen Organisationen kommt, je größer werden die Schwierigkeiten, die der Einheitsfront bereitet werden. Es ist nicht nur der gute Posten, sondern vor allem auch der Parteigoismus, Eitelkeit aus

Rechthaberei, Engstirnigkeit, Mangel an Mut und Verantwortungsbewusstsein, die hindernd im Wege stehen.

Mehr Charakterstärke in der Politik!

das ist die Forderung, die der ISK deshalb in den Mittelpunkt seiner Arbeit gestellt hat.

Wenn sich die Presse beider Parteien, der SP und der KP, gleichermaßen der Berichterstattung über die gelungene vorbildliche Einheitsfront in Oberursel, einem kleinen Ort im Taunus, verschlossen hat, so zeigt das deutlich, woran die Einheitsfront im größeren Maßstab scheitert.

Es wurde bei diesen Zeitungen empfohlen, gegen die Sabotage der Einheitsfront durch die Parteipresse mit Nachdruck zu protestieren und sie nicht mehr zu unterstützen, bevor eine Aenderung eingetreten ist. Mit erfrischender Lebhaftigkeit und Deutlichkeit wurde darauf hingewiesen, daß der „Funke“ vorbildlich für die Einheitsfront kämpft und daß ihm deshalb nicht nur Sympathie, sondern auch Unterstützung zuteil werden sollte von allen Seiten.

Für die Förderung der Einheitsfront wurde vorgeschlagen, das vorbildliche Einheitsfrontabkommen der Genossen von Oberursel, das in Nr. 166 und 170 des „Funkens“ veröffentlicht ist, stets bei sich zu tragen und sowohl bei persönlichen Unterhaltungen wie in Versammlungen die Frage zu stellen, welche Gründe gegen die Unterzeichnung eines solchen Abkommens zwischen den Parteien bestehen, und die Schließung eines solchen Abkommens zu fordern. Nur durch den immer stärker werdenden Druck ihrer Mitglieder werden sich die Organisationsleitungen schließlich bequemen, ihren Widerstand aufzugeben.

Sorgen wir dafür, daß dies Ziel erreicht wird, ehe es zu spät ist.

Für die Wahl am 31. Juli ist das wichtigste, überall dafür zu sorgen, daß die mit Recht enttäuschten Arbeiter nicht von der Wahl fernbleiben und so Papens und Hitlers Position noch zu stärken, sondern

daß die Arbeiter vor allem überhaupt eine der beiden Arbeiterparteien wählen,

erst in zweiter Linie ist es wichtig, für welche der beiden Parteien sie ihre Stimme abgeben.

## Lohnkürzung in der schlesischen Schuhindustrie.

In dem Tarifstreit der schlesischen Schuhindustrie fällt der Schlichter am Sonnabend einen Schiedsspruch, nach dem der Mindeststundenlohn für die männlichen Arbeiter in der Spitze in der Ortsklasse I von 76½ auf 70 Pf. und entsprechend für weibliche Arbeiter von 57½ auf 52½ Pf. herabgesetzt wird. Entsprechende Kürzungen gelten für die übrigen Ortsklassen, Zeitlöhne und Akkordsätze. Die neue Lohnregelung tritt am 25. Juli in Kraft. Sie ist monatlich kündbar, zum ersten Mal zum 31. September. Maßregelungen lediglich aus Anlaß des Streiks, finden nicht statt. Wiedereinstellungen erfolgen nach der Betriebsmöglichkeit. Die Erklärungsfrist läuft am 28. Juli ab.

Die Arbeit ist fast durchweg wieder aufgenommen worden.

## Belgische Gewerkschaften für den Streik.

Brüssel, 24. Juli.  
Die Bezirksgewerkschaften in den Kohlengebieten von Mons und Charleroi sprachen sich mit großer Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks aus.

## Inflation zur Ausdehnung des Arbeitsbeschaffungsprogramms?

Angeblich schweben Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und der Reichsbank über Beschaffung eines zusätzlichen Kredits von 200 Millionen Mark für Straßenbau und Hochwasserschutz, sowie weitere 50 Millionen Mark für freiwilligen Arbeitsdienst. Diese Beträge sollen zu den 160 Millionen Mark hinzukommen, von denen wir am 24. Juli berichteten. Sie sollen, ähnlich wie dort beschrieben, durch Wechselkredit beschafft werden. — Der Reichsernährungsminister stellte in einer Rundfunkrede am 23. Juli, außer den im Etat eingesetzten 50 Millionen Mark nochmals 50 Millionen Mark in Aussicht. — Woher nimmt er sie?

Nun wird die Frage sehr dringend: Macht die Reichsbank bei solchen inflationistischen Experimenten weiter mit?

## Kriegsopfer protestieren.

(Aus einer Resolution der Bremer Kriegsopfertagung.)

„Die zahlreich versammelten Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen der in Verschmelzungsverhandlungen stehenden Verbände: Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener und Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener erheben schärfsten Einspruch gegen das den Kriegsopfern durch zahlreiche Notverordnungen und Sparschlüsse der Reichsregierung zugefügte Unrecht. ... Nachdem sowohl der 16. Ausschuss des Reichstages für Kriegsopferfragen wie auch das amtliche Gutachterorgan des Reichsarbeitsministeriums, der Reichsausschuss der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge, einmütig festgestellt haben, daß eine Beseitigung der Härten unerlässlich ist, erwartet die Versammlung bestimmt, daß die Reichsregierung unverzüglich Maßnahmen zur Beseitigung der sich immer mehr verschärfenden Not der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen durchführt.“

Für die Volksgemeinschaft und das positive Christentum sprach sich der Universitätsprofessor Wunsch aus Marburg aus. Diese Meinungsäußerung wird ihm an sich niemand übelnehmen; aber sie fiel an einem Platz, an dem sie nicht hätte geduldet werden dürfen: auf einer Kundgebung der Eisernen Front in Köln am Sonntag.

Wie üblich, findet auch in diesem Jahre am 11. August eine Verfassungsfest der Reichsregierung statt; nur die früher übliche Abendveranstaltung fällt dabei fort („aus Einsparungsgründen“). Eine sehr interessante Rede über die Weimarer Verfassung könnte man an diesem Tage halten!

## Kultur des Wahnsinns.

Wir entnehmen dem „Bayerischen Kurier“: In Brüssel wird ein „Tanz-Marathon“ ausgetragen. 35 Tage schon dauert das Wettanzen im „Cirque Royal“. Es ist die 816. Stunde. Die Ruhezeit ist inzwischen von 15 auf 9 Minuten in der Stunde verkürzt worden. Anfangs waren es nur 33 Paare. Ein Lautsprecher verkündete die Spenden des Publikums, um doretwegen die Tänzer die angestrengtesten Figuren auszuführen. Jetzt sind es noch sieben Paare, die schwanken und im Halblicht tanzen um die Uhr herum. Während der eine Partner auf dem Boden liegt, schlingt sich der andere gummikauend aufrecht und wacht. Dort ist ein Italiener am Umsinken, aber seine Frau, eine hochgewachsene Engländerin, stützt ihn. Nach der Ruhepause von neun Minuten wird die Mahlzeit mitten in der Arena gedeckt. Sie essen stehend, müssen aber nach den „Kampfgesetzen“ von einem Beihelfer auf andere treten. Das belgische Paar — arme Arbeiter, denen der erste Preis von 14 000 Franken vorschwebt — ist ein Geschwisterpaar; es weint nur noch. Er versucht sie aufzumuntern. Jemand stiftet fünf Franken. Gegenstück: Ein russischer Emigrant, der hochheiß und wie gelotesabwesend mit einer entzückenden Engländerin tanzt. Schonungsvoll weckt er sie von Zeit zu Zeit auf. Er tanzt wohl oben-

wenig wie der Arbeiter um des „Sportes“ willen. Seit fünf- unddreißig Tagen sind die kreidebloichen Gestalten nicht zur Ruhe gekommen.

## Erlebnis in Barcelona.

W. M. November 1930 in Barcelona. Es war Sonntag in den Abendstunden. Auf der Rambla, Barcelonas schönster Straße, pulsierte das Leben. Die Kaffeehäuser hatten nach allgemein südlichem Brauch Tische und Stühle auf die Straße gestellt. Eine gutgekleidete Menge hatte an den Tischen Platz genommen, ewig belästigt von denen, die sich in diesem Wirrwarr von Gästen, Kellnern, bedeckten Tischen einen Weg bahnen mußten. Der unbeteiligte Zuschauer gewann in dieser Straße, wo nirgends bisher zuvor, den Eindruck eines offen zutage tretenden Lebensnervs. Hier war Tempo, hier war Eile, aber auch die Gelassenheit des vom Geschäft ausruhenden Bürgers glücklich miteinander vereinigt. Nie glaubte ich, könnte es Abende geben, in der es in dieser Straße anders als bunt, lebhaft, sprühend zuging.

Einen Tag später. In Madrid waren einige Arbeiter auf ihrer Arbeitsstelle tödlich verunglückt. An ihrer Beerdigung hatte die gesamte Madrider Arbeiterschaft einmütig teilgenommen. Es folgte eine Demonstration für einen verbesserten Unfallschutz. Die Polizei war eingeschritten, Schüsse waren gefallen, vier Tote auf der Seite der Arbeiter war die Folge gewesen. Darüber Empörung im ganzen Land. In Barcelona wurde ein 48stündiger Proteststreik angekündigt und durchgeführt.

Beim Gott der Streikenden, das war ein Streik! Alles, aber auch alles ruhte. Genosse, der du dies liest, mach einmal die Augen zu und bedenke, welche Tätigkeitsgebiete es in einer Großstadt überhaupt gibt: alles, was dir dabei einfallen kann, alles hat mitgestreikt oder wurde zur Dienstleistung gezwungen. Kein Geschäft, kein Restaurant, kein Kino war geöffnet. Alle Verkehrsmittel lagen still, ja noch mehr, auch alle Privatwagenbesitzer konnten bloß noch in ihrer Garage hin und her fahren, da auf der Straße nichts, aber auch absolut nichts geduldet wurde, was nach Arbeit aussah. Kam doch einmal ein Auto daher, das in lebensnotwendigem Dienst stand, Brot und Milchwagen für Krankenhäuser oder dergleichen, dann kündeten große, über dem Führersitz angebrachte Pappschilder die Mission des Wagens an. Sonst sah man auf den Straßen nur Polizei und Truppen von streikenden Arbeitern, die für die geschlossene Durchführung des Streiks Sorge trugen. Die Rambla, die Straße des Lebens, des Luxus war tot, erschlagen von einer Kleinigkeit, von ein paar Arbeitern, die weiter nichts waren, als einig! Nach Ablauf der 48 Stunden gestatteten die Arbeiter das Wiedererwachen der Rambla. Wer hätte es ihnen verweigert, wenn sie es nicht gestattet hätten?

Einige Monate später an Bord eines deutschen Dampfers, im Gespräch mit einem spanischen Steward, der schon Jahrzehnte auf deutschen Dampfern zur Betreuung der spanischen Passagiere fährt. Dieser Mann, der doch in jahrelangem Zusammenarbeiten den deutschen Arbeiter kennen mußte, sprach ihm jede politische Fähigkeit ab. „Der Deutsche“, so sagte er, „ist im Gegensatz zu uns Spaniern sehr intelligent, sehr geschäftig, sehr einmütig, sehr fleißig, aber als Gesamtheit eine Forderung durchdrücken, das kann er nicht.“ Ich dachte an Barcelona und seiwig.

Deutscher Genosse! Gesetz den Fall, ich komme in vielen oder auch schon in einigen Jahren mit diesem Spanier wieder zusammen, soll ich wieder schweigen, wenn mir erzählt wird von dem Mangel am Gemeinschaftsinn der deutschen Arbeiter?

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt Ombri., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Janowitz 9509. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag Ombri., Berlin SO 36, Elisabethstr. 28/29.

### MAGDEBURG

#### Auch im Sommer

sind getrocknete Bananen ein ideales Nahrungsmittel, wohl-schmeckend und nahrhaft.

Post-Päckchen 4 Pfund brutto nur 3,- M. frei Haus.

Frischkost-Reichthaus  
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

#### Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen Maßanzug.

aus erstklassigem Stoff, mit bestem Futter, in sorgfältiger Maßarbeit.

Preisänderungen nach oben und auch noch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!

R. Schönheit, MAGDEBURG, Otto von Guerickestr. 104, H. v. L.

#### BÜROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

#### A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barossastraße 8.

Telefon: 25 68 42

### BERLIN

## KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

Ab 22 Juli: Der Russenfilm:

Iwan der Schreckliche

Leo Lanta und Piel Jutzi:

UMS TÄGLICHE BROT

F o x lösende Wochenschau.

Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

### Freunde

und Leser des „Funkens“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werkt Abonnenten!

Sammelt Anzeigen!

Vergrößert bei Entleerung unsere Inserenten!

### Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her.

## Oscar Wettig, Gelnhausen

### Sprechapparate Koffer/Schallplatten/Schränke

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!

## Otto Pfothauer, Weimar, Röhrstr. 40.

## Papen errichtet

mit Hilfe der Reichswehr in Preußen die Diktatur; die Gewerkschaften und die SPD vertrösten die Arbeiterschaft auf die Reichstagswahl!

Diese Ereignisse zwingen jeden Klassenbewußten Arbeiter erneut, zu den Fragen der Demokratie Stellung zu nehmen.

Die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Demokratie und den bedeutendsten Demokraten, vom Standpunkt des Sozialismus aus, ist enthalten in dem Buch:

## Demokratie und Führerschaft.

Von Leonard Nelson.

6. Auflage, 1932. 176 Seiten.

Broschiert 2,40 Mark. Ganzleinen 3,40 Mark.

## Verlag „Öffentliches Leben“

Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postscheck: Berlin 313 42

# Die Entscheidung des Reichsgerichts.

Am Sonnabend, mittags um 11 Uhr, begann die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig, die durch das Ersuchen Preußens um Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich notwendig geworden war. Der Gerichtshof war zusammengesetzt aus den Reichsgerichtsräten Triebel, Schmitz und Dr. Schwalbe, den Oberverwaltungsgerichtsräten Dr. v. Müller, Dr. Gumbel, Dr. Striegler, unter dem Vorsitz Bumkes, des Präsidenten des Reichsgerichts.

Die Verhandlung zog sich im wesentlichen hin mit der Darstellung und Auswertung des unsoren Lesern bekannten Falles der Verjagung der preußischen Regierung durch den Papenstreich.

Die preußische Regierung hat in die Verhandlung hinein ihren Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung neu formuliert, und zwar so:

„Der Staatsgerichtshof wolle die durch die Ausnahmeverordnung vom 20. Juli 1932 und ihre Durchführungsbestimmungen entstandene rechtliche und tatsächliche Lage im Wege der einstweiligen Verfügung einstweilig regeln und dabei insbesondere bestimmen:

1. daß der Reichskommissar sich nicht als preußischer Ministerpräsident oder preußischer Staatsminister oder Mitglied der preußischen Landesregierung bezeichnen dürfe,
2. daß er den preußischen Ministern nicht die Eigenschaft als Staatsminister absprechen dürfe,
3. daß er und seine Vertreter nicht ohne Vollmacht der Staatsminister Preußen im Reichsrat vertreten oder den Mitgliedern der preußischen Staatsregierung das Recht zur Vertretung Preußens im Reichsrat und zur Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten entziehen dürfen,
4. daß Beamtenernennungen und Absetzungen mit dauernder Wirkung nicht vorgenommen werden können.“

Der Kampf der beiden Parteien vor dem Reichsgericht ist durch die ganze Verhandlung hindurch, wie sogar bürgerliche Blätter eindeutig zugeben, im wesentlichen ein Kampf um die Macht. Während die Vertreter Preußens und auch die Vertreter der Fraktionen der Sozialdemokratie und des Zentrums im Preußischen Landtag einfach und überzeugend den Standpunkt vertreten, daß die Reichsexekutive gegen Preußen pure Willkür sei, und insbesondere Prof. Giese mit Recht darauf hinwies, daß vor diesem Gewaltschritt das Reich hätte versuchen müssen, auf anderem Wege die von ihm gerügten Zustände zu ändern, kann sich der Herr Vertreter des Reiches nur in geheimnisvoll klingenden und provokatorisch wirkenden Redewendungen hinter der Ankündigung verstecken, er könne das Material zur Begründung der schwerwiegenden Behauptungen der Reichsregierung erst in der Verhandlung zur Hauptsache hervorholen, in der Verhandlung also, in der über die Feststellungsklage Preußens entschieden werden soll, daß die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli im Widerspruch zur Reichsverfassung stehe.

Reichsgerichtspräsident Bumke ist offensichtlich bemüht, die Sache zu klären; der Vertreter des Reiches hilft daran ebenso offensichtlich nicht um eine Bohne. Als bei einer der vielen Weigerungen des Herrn Ministerialdirektors Gottheiner (der das Reich vertritt), seine ewige Zurückhaltung aufzugeben, Herr Bumke die Frage, was wohl geschehen würde, wenn der Staatsgerichtshof in der Hauptsache gegen das Reich entscheiden würde, äußerte sich Herr Gottheiner, die Reichsregierung sei von der Verfassungsmäßigkeit ihres Vorgehens gegen die preußische Staatsregierung so fest überzeugt, daß er sich nicht über die Folgen äußern könne, die eine vielleicht gegenteilige Entscheidung des Staatsgerichtshofes haben könnte.

Präsident Bumke hat schließlich, für eine Beschleunigung des Verfahrens in der Hauptsache zu sorgen. Hierzu bemerkte

Ministerialdirektor Badt, daß die Rücküberführung der Antragsteller sich verzögern könnte, weil sie nicht an ihre Akten im Ministerium heran könnten. Auf eine Anregung Dr. Bumkes, die Reichsregierung möge in dieser Frage Entgegenkommen zeigen, erwiderte Gottheiner höhnisch, hier handle es sich um eine innere Maßnahme des selbständigen Landes Preußen. Unter lobhafter Heiterkeit erwiderte Bumke, die Reichsregierung habe doch immerhin einen gewissen Einfluß auf das Kommissariatskollegium in Preußen.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. (Urteil siehe 1. Seite.)

Republikaner werden weiter abgebaut: Ministerialdirektor Brecht vom preußischen Staatsministerium, der in

## Der Wahlkampf-Maulkorb.

Verbieten wurden folgende Zeitungen:

Die kommunistische „Freiheit“ in Düsseldorf bis zum 27. Juli.

Die sozialdemokratische „Volkswacht“ in Regensburg bis zum 26. Juli.

Die sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in Kiel bis zum 26. Juli.

Die linksbürgerliche „Berliner Volkszeitung“ bis zum 29. Juli.

Der kommunistische Stadtverordnete Grassmann wurde aus einer Erwerbslosenversammlung in Halle verhaftet. Die Versammlung war von den Erwerbslosenausschüssen und den Freien Gewerkschaften einberufen worden; in ihr wurden Beschlüsse für einen Schulstreik, Mieterstreik und Steuerstreik gefaßt. Grassmann hatte in seiner Rede gesagt: die Entscheidung über das Schicksal der Arbeiterschaft falle nicht am 31. Juli, sondern auf den Barrikaden.

Der Berliner Militärbefehlshaber hat die Propaganda mit Lautsprecherwagen verboten.

## Walter Korodi

hat in der „Berliner Börsenzeitung“ den Bericht über eine Versammlung der Eisernen Front veröffentlicht, der den Anlaß zum Haftbefehl gegen die beiden Redner der Versammlung, Breuer und Anker, bot. Der „Vorwärts“ erklärt in Uebereinstimmung mit der Pressestelle des „Reichsbanners“, daß Korodis Bericht eine grobe Fälschung ist. Gegen Korodi ist bereits vor einiger Zeit öffentlich der Vorwurf erhoben worden, für die „Börsenzeitung“ Material gefälscht zu haben, das die Handhabe für ein Verbot des „Reichsbanners“ bieten sollte.

Der Verteidiger des noch in Haft sich befindenden „Reichsbanner“-Führers Breuer wird gegen Korodi Strafantrag stellen.

## Papens fadenscheinige Begründung, widerlegt von Otto Braun.

Braun hat an Papen folgenden Brief geschrieben:

„Aus Ihrem Schreiben vom 21. d. M. entnehme ich, daß Sie die Berechtigung zu meiner Enthebung vom Amte des Preußischen Ministerpräsidenten aus § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten herleiten, die wiederum auf Artikel 48 Absatz I und II der Reichsverfassung gestützt wird. Inwieweit der Reichspräsident berechtigt ist, Bestimmungen der Reichsverfassung im Verordnungswege außer Kraft zu setzen, ist im Absatz II des Artikels 48 festumschrieben. Dazu gehören

# Die Länder sind beschwichtigt.

Der Mißerfolg, den Braun und Severing mit der Taktik einer mehr als vorsichtigen Nachgiebigkeit gegenüber der Regierung Papen und den Nazis gehabt haben, zeigt erneut, wie verfehlt eine solche Politik ist. Trotzdem wird sie von Sozialdemokraten weiterbetrieben. Es fällt auf, wie lahm die Proteste gerade der von Sozialdemokraten regierten Länder gegen die Vergewaltigung Preußens sind. Wir hatten dies schon für Hessen mitgeteilt. Der Chef der Lippeischen Regierung, der Sozialdemokrat Drake, hat Pressovortreter zu sich eingeladen und ihnen erklärt, daß er „gewisse Bedenken gegen die Maßnahmen des Reichskanzlers nicht unterdrücken könne“. Dieser müsse einem Beschuldigten, in diesem Falle den preußischen Ministern, Gelegenheit geben, sich zu verteidigen. Ihm schein aber in diesem Falle anders verfahren zu sein. Wenn auf die politischen Zusammenstöße in Preußen hingewiesen werde, so müsse er daran erinnern, daß auch in Ländern mit rechts gerichteten Ministerien Zusammenstöße mit Todesopfern zu verzeichnen gewesen seien. Zu der vom Reichskanzler nach Stuttgart einberufenen Konferenz der Länderminister könne Lippe nicht fahren, da dringende Aufgaben im Lande eine solche Reise unmöglich machten.

Der Protest der süddeutschen Katholiken ist stärker gewesen. In Stuttgart allerdings scheint Papen auf erhebliche Schwierigkeiten bei den Ländervertretern nicht gestoßen zu sein, wie aus folgendem amtlichen Bericht hervorgeht:

„Die Konferenz nahm mit Befriedigung von der Zusage Kenntnis, daß die Reichsregierung durchaus auf föderalistischem Boden stehe und die Rechte der Länder in keiner Weise antasten wolle. Der Reichskanzler betonte, daß die notwendig gewordene Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nur eine vorübergehende Maßnahme darstelle. Eine Ausdehnung dieser Maßnahme auf die anderen Länder komme nicht in Frage, weil nach Ansicht der Reichsregierung in den anderen Ländern Ruhe und Ordnung sichergestellt seien. Der Kanzler erklärte namens der Reichsregierung ausdrücklich, daß die Reichstagswahlen programmäßig am 31. Juli stattfinden werden. Die Regierung hoffe, den Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg in den nächsten Tagen aufheben zu können. Soweit von den Ländern Bedenken gegen die Maßnahmen der Reichsregierung vorgebracht wurden, anerkannte der Reichskanzler dankbar deren sachliche Vertretung. Reichsregierung wie alle Länderregierungen waren sich darin einig, daß die Autorität

der Reichsregierung und der Länderregierungen ungeschmälert aufrechterhalten werden müsse. Zu diesem Ziel ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern beiderseits anerkannte Notwendigkeit.“

Dieses Ergebnis der Konferenz bestätigt, was man schon aus den Reden z. B. des bayerischen Ministerpräsidenten entnehmen konnte: daß der Protest der Süddeutschen gegen die Einsetzung des Reichskommissars nichts mit Solidarität gegenüber der preußischen Regierung zu tun hat. Er zeigt außerdem, daß der bayerische Protest nur der Gefahr dem eigenen Land gegenüber gilt.

Die amtliche Erklärung über die Stuttgarter Konferenz enthält im übrigen einige Versprechungen Papens, die wir uns merken wollen, und das Zugeständnis, daß auch in den jetzt noch von Sozialdemokraten regierten Ländern, vor allem in Hessen, nach Ansicht der Reichsregierung Ruhe und Ordnung sichergestellt sind.

Papen ist am Sonntag nach Berlin zurückgekehrt.

Nach einem Bericht des „Regensburger Anzeigers“

äußerte sich Ministerpräsident Held

in einer Kundgebung der Bayerischen Volkspartei am Sonntag in Weiden über das Ergebnis der Stuttgarter Konferenz folgendermaßen: Ich darf feststellen, daß die Befürchtungen, wie sie sich bei uns in den letzten Tagen aufgetan haben, nach den Erklärungen der Herren Reichskanzlers von Papen und Reichsinnenminister von Gayl sich als gegenstandslos erweisen. Es ist uns in Stuttgart ausdrücklich und bündig erklärt worden, daß in kein anderes Land von dieser Reichsregierung ein Kommissar geschickt und nicht daran gedacht würde, einen Ausnahme- oder Belagerungszustand zu verhängen, daß in acht Tagen unter allen Umständen die Reichstagswahlen stattfinden würden, und

daß das Ergebnis der Wahlen entscheidend sein soll für die Gestaltung der künftigen Geschichte des Reiches.

Zur Beseitigung der „Zwangsverwaltung Preußens“ werde das Zentrum alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpfen; es werde auch eine etwaige Bestätigung der Einsetzung des Reichskommissars durch den Staatsgerichtshof nicht als Rechtens anerkennen. So äußerte sich in einer Zentrumsversammlung in Frankfurt/Main Grass, der Geschäftsführer der preußischen Zentrumsfraktion.

Leipzig vor dem Staatsgerichtshof die preußische Regierung vertreten hat, ist beurlaubt worden.

Grzesinski ist durch Immunität zunächst geschützt gegen die beantragte Strafverfolgung. Diese Entscheidung ist jetzt auch von der Staatsanwaltschaft getroffen worden. Vor Einleitung des Verfahrens gegen ihn müßte also der Landtag seine Immunität aufheben.

Die Zahl der wegen des Altonaer Straßenkampfes in Haft Genommenen ist im ganzen 71. Der Prossodozernent des Landgerichts Altona teilt mit, es hätte sich um einen planmäßig vorbereiteten Angriff gehandelt — er meinte natürlich: seitens der Kommunisten. Wie das Gericht den Nachweis führen will, daß es sich um einen Angriff handelt, nachdem die Kommunisten ausdrücklich das Verbot des Unzuges durch die Arbeiterstraßen beantragt hatten, ist bisher nicht gesagt worden.

nicht die Bestimmungen, die die staatliche Selbständigkeit der Länder und das Recht ihrer Volksvertretungen, ihre Regierungen zu bestimmen, gewährleisten.

Durch meine Amtsenthebung ist daher die Reichsverfassung wie die Verfassung des Landes Preußen verletzt. Ich muß daher gegen diese Maßnahme wie auch gegen die militärische Besetzung meines Dienstgebäudes zur Verhinderung meiner Amtstätigkeit Verwahrung einlegen und mir alle Rechte vorbehalten.

Wenn Sie meine Frage nach den Gründen für Ihr Vorgehen gegen mich mit dem Hinweis auf Ihre Rundfunkrede vom 20. d. M. beantworten, so erscheint mir dieser Weg, einen immerhin nicht unbedeutenden Staatsakt, wie es die Amtsenthebung des Regierungschefs des größten deutschen Landes darstellt, durch den Rundfunk zu begründen, recht merkwürdig. Ich muß daher verzichten, auf Ihre von irrigen Voraussetzungen ausgehende Begründung hier einzugehen, betrachte es aber als

das einfachste Gebot der Gerechtigkeit, auch mir Gelegenheit zu geben, im Rundfunk zu gleicher Tageszeit vor dem gleichen Forum zu Ihren Ausführungen Stellung zu nehmen.

Für eine baldige Nachricht, wann das geschehen kann, wäre ich Ihnen dankbar.“

Der juristisch bündische Protest läßt sich gleichwohl nach dem widerstandslosen „Weichen vor der Gewalt“ nicht ohne ein Gefühl der Peinlichkeit lesen.

## Mordhetze gegen einen Feind des Mords.

Gegen Gumbel

fand in Heidelberg eine Studentenversammlung statt, in der der ehemalige nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Rupp folgendes sagte:

„Sorgen Sie dafür, daß am 31. Juli der Grundstein gelegt wird für den deutschen Staat, in dem Gumbel und Konsorten unmöglich sind. Geschieht das,

dann kann Gumbel am 1. oder 2. August boerdigt werden.“

## Auch in Braunschweig!

Eine umfangreiche Schlägerei (Beteiligung über 200 Mann) zwischen Nazis und Eiserner Front fand am Sonntag in Leiferde (Braunschweig) statt. Zwölf Verletzte. Das Braunschweiger Ueberfallkommando durchsuchte Beteiligte nach Waffen; ohne Erfolg, obwohl Schüsse gefallen waren. Daß Polizei aus Braunschweig auch die Nazis nach Waffen durchsucht hat, ist eben äußerst unwahrscheinlich.

In Jülich wurde bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ein Nazi tödlich verletzt.

In Trier wurden zwei Polizeibeamte von vier Zivilpersonen bedroht. Sie machten von der Schußwaffe Gebrauch, wobei einer der Angreifer tödlich verletzt wurde.

Auch in Wuppertal und Elmsborn kam es zu politischen Zusammenstößen, bei denen mehrere Personen verletzt wurden.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Hannover:** Mittwoch, 27. Juli, 20.15 Uhr, in der Städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Gewaltstreik in Preußen! Was tun wir am 31. Juli?

**Kassel:** Dienstag, den 26. Juli, 20.15 Uhr, im Saal des Gewerkschaftshauses, Spohrstr. 6. Thema: Einigungswille und Reichstagswahl.

**Köln:** Freitag, 29. Juli, 20.15 Uhr, Coloniahaus, Aachener Str. 5, I. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

**München:** Dienstag, den 26. Juli, 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlingerstraße 67. Thema: Die Reichstagswahl und das klassenbewußte Proletariat.

Freie Aussprache! Eintritt freil!

## BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....

Straß- und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

# Weltmacht Chemie.

„Technisch und organisatorisch ist das Chemiekapital heute die aktivste Gruppe des Kapitalismus, und der zunehmende Einfluß der Chemie auf alle Zweige der Wirtschaft muß das Übergewicht dieser Gruppe ständig stärken.“

(Helmut Wickel.)

Wie gewaltig ist doch die Macht der chemischen Großindustrie, vor allem in Deutschland! Während die Großgrundbesitzer — heute und seit Jahrzehnten — bankrott sind, während die Schwerindustrie nur noch durch staatliche Subventionen aufrecht erhalten wird, und Großbanken und Großschiffahrt nur durch Staatseingriffe — aus dem Säckel der Steuerzahler! — vor dem vollen Zusammenbruch bewahrt worden sind, — steht

eine Gruppe der Großindustrie unerschüttert und fest: die Großchemie.

## Der Industrietrust der IG.

Nachdem bereits zum 1. Januar 1916 die wichtigsten deutschen Chemieunternehmen einen Interessengemeinschaftsvertrag auf 50 Jahre abgeschlossen hatten, wurde im De-

zember 1925 die IG Farbenindustrie A.-G. mit einem Aktienkapital von 646 Millionen Mark gegründet, das 1926 auf 1,1 Milliarden Mark erhöht und im Mai 1932 auf 990 Millionen Mark herabgesetzt wurde durch Einziehung von 110 Millionen Mark Aktien, die sich im eigenen Besitz der Firma befanden.

Dieser gewaltige Industrietrust ist unabhängig von den Großbanken. Das hat sich während der Finanzkrise im Sommer 1931 als ungeheurer Vorteil erwiesen. Seitdem wird der Finanzdirektor der IG, Hermann Schmitz, bei jeder Regierungskrise als Wirtschafts- oder Finanzminister umworben. Er hat es bisher abgelehnt, einen solchen Posten anzunehmen. Dafür sandte die IG ihr Ausichtsratsmitglied Professor Warmbold, der auch Direktionsmitglied des Stickstoffsyndikats ist, als Reichswirtschaftsminister in die zweite Regierung Brüning und die Regierung Papen. Schon in der ersten Regierung Brüning und in den letzten Monaten der Regierung Hermann Müller war die IG durch ihr früheres Aufsichtsratsmitglied Professor Moldenhauer vertreten, der allerdings als Hilferdings Nachfolger im Finanzministerium dem IG-Trust nicht gerade sonderlich Ehre gemacht hat.

„Sie bedeutet, daß wir Teilhaber an Euren Unternehmen werden und Euch Menschen und Erfahrungen leihen, bis sie bei Euch aus dem eigenen Volk herangewachsen sind. Dieses Vorgehen ist möglich und verspricht beiden Teilen Gewinn, aber es kann nicht so geschehen, daß man mit dem Ende anfängt und die schwierigsten industriellen Formen, die als die jüngste Blüte oben in Europa zur Entfaltung gekommen sind, zuerst hierher überträgt.“

(Wickel, a. a. O., Seite 163.)

Und nach seiner Rückkehr von dieser Ostasienreise berichtete Haber im „Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“:

„Was die Japaner also mit uns Fühlung suchen läßt, ist der Wunsch, von uns fabrizieren zu lernen, schneller, als sie es allein lernen, . . . ist ihr Gegensatz in den Interessen auf chinesischem Boden zu Amerika und zu England. Wenn wir aber die Frage von unserer Seite ansehen, so scheint mir, daß wir alles Interesse haben technische Erfahrungen festzuhalten und nicht fortzugeben, die unser Vorsprung vor andern sind und eine Grundlage unserer Ausfuhr nach Ostasien. Wo es sich aber um Dinge handelt, die die Amerikaner ebensogut machen wie wir, und keine Ausfuhr nach Ostasien oder wenigstens keine große aus unserm Können hervorgeht, da scheint es mir besser, unsere Erfahrungen abzugeben, als abzuwarten, bis die andern sie nach Japan abgeben und wir weder Gewinn an verkauften Arbeitsweisen noch an ausgeführten Waren machen.“

(Ebenda, Seite 164.)

Im April 1928 kam dann ein deutsch-japanischer Handelsvertrag zu Stande, wonach eine Gruppe von Farben ohne weiters nach Japan eingeführt werden kann, eine zweite Gruppe nur unter ausdrücklicher Lizenz, und eine dritte Gruppe überhaupt nicht. Das heißt, die Spitzenerzeugnisse der deutschen Teerfarbenindustrie werden nach Japan eingeführt, während die Massenwaren, „die die Amerikaner ebensogut machen wie wir“, mit Hilfe deutscher Chemiker und deutscher Erfahrungen in Japan selber hergestellt werden.

Politisch von Interesse ist die Tatsache, daß die Handelsvertrags-Verhandlungen

zwischen Deutschland und Japan, die zu jener Vereinbarung führten,

nicht zwischen der japanischen Regierung und der deutschen Regierung geführt wurden, sondern zwischen der japanischen Regierung und der IG,

die hier — um Wickels Wort zu gebrauchen — als „gleichberechtigte Großmacht“ auf den Plan trat.

So ist es der IG in den Nachkriegsjahren gelungen, wieder eine starke Weltmachtstellung auf dem Gebiet der Teerfarbenindustrie zu gewinnen, die immer noch die Grundlage der ganzen organischen Chemie — vor allem der Forschungstätigkeit! — darstellt. (Auch auf dem Gebiet der anorganischen Chemie verfügt die IG über gewaltige Machtpositionen! Darüber mehr in einem zweiten Aufsatz.) Durch eine kluge Bündnispolitik hat sie ihre eigene Position gestärkt gegen die gefährlichsten Konkurrenten der Zukunft, den amerikanischen und englischen Chemietrust.

Wie vorurteilsfrei und raffiniert die IG bei dieser Bündnispolitik vorgeht, zeigt auch ihr Abkommen mit der Sowjetregierung, über das — nach Wickel — nicht mehr bekannt ist, als daß die Sowjetregierung sich verpflichtet hat, 70 Prozent ihres Teerfarbenbedarfs bei der IG zu decken. Vermutlich haben die Russen dieses Lieferungsverrecht nicht ohne Gegenleistung eingeräumt, und „so wird der Kernpunkt auch dieser Abmachung in einer technischen Hilfe der IG liegen“ wie im Vertrag mit Japan. Werner Hansen.

## Der „Geheim“-Rat der deutschen Regierung.

Der Einfluß der IG auf die deutsche Wirtschaftspolitik ist im Laufe der Jahre stark gewachsen.

So war zum Beispiel Geheimrat Schmitz Ende Juli 1931 Brünings Berater in London bei den wichtigsten Verhandlungen mit der englischen, französischen, belgischen und italienischen Regierung. Sodann plante Brüning die Schaffung eines Wirtschaftskommissariats mit außerordentlichen Vollmachten. Schmitz war als Leiter vorgesehen. Er lehnte ab, und der Plan wurde aufgegeben.

Auf Grund der Besuche von Brüning und Curtius in Paris, von Briand und Laval in Berlin (Sommer und Herbst 1931) wurde die deutsch-französische Wirtschaftskommission eingesetzt zur Organisierung einer engeren Zusammenarbeit zwischen der deutschen und französischen Wirtschaft. Im März 1931 hatte Geheimrat Duisberg, der Aufsichtsratsvorsitzende der IG, in einer großen Rede in München sein außenpolitisches Programm mit den Worten zusammengefaßt: „Verständigung mit Frankreich“ und „ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa als Rückgrat Europas“. Während ein solcher Wirtschaftsblock für die Gesamtheit noch ein Traum ist, hat die IG schon bedeutsame Ansätze zu einem kontinentalen Bündnis der chemischen Industrie geschaffen mit einem eigenen finanziellen Mittelpunkt in der IG-Chemie, Basel. Daraus ergibt sich ein maßgebender Einfluß der IG auf die Verhandlungen der deutsch-französischen Kommission.

Das wirtschaftspolitische Gewicht der IG ist so groß heute, daß man gut tut, bei allen wichtigen politischen — nicht nur wirtschaftspolitischen! — Entscheidungen in Deutschland zu fragen: wo steht die IG? Während das „Unterseeboot“ Schleicher in der Papen-Regierung ans Licht gekommen ist, ist

der „Geheim“-Rat Schmitz aus dem Dunkel seiner Stellung als unverantwortlicher Berater noch nicht herausgetreten.

Gerade darum ist es wichtig, die geheimen Einflüsse der IG bei politischen Abwägungen zu berücksichtigen.

Das Buch von Helmut Wickel: „I.-G. Deutschland. Ein Staat im Staate“ (Berlin 1932) gibt dem interessierten Leser die Möglichkeit, sich für 4,30 Mark gründlich und schnell über das Problem „IG Farben“ zu unterrichten. Es ist eine dramatisch-spannende Einführung in zahlreiche Probleme der Chemie, eine Fundgrube interessanten Wissens aus Naturwissenschaft, Technik und Oekonomie; alles leichtverständlich und klar dargestellt. Es ist ein Buch, zu dessen Herausgabe man dem Verlag „Der Bücherkreis“ gratulieren kann, ein Buch, das wir aufs Wärmste empfehlen und dem wir hier und in einem weiteren Artikel eine Reihe wichtiger Tatsachen entnehmen.

## Der kontinentale Farbenblock.

Im Weltkrieg war das deutsche Weltmonopol in der Teerfarbenherstellung gebrochen worden. Die ausländischen Niederlassungen, Fabriken und Verkaufsorganisationen der deutschen chemischen Industrie waren weggenommen, ihre Patente in den kriegsgegnerischen Staaten beschlagnahmt worden. In allen diesen Staaten waren für den Kriegsbedarf chemische Werke errichtet worden — besteht doch ein enger Zusammenhang zwischen der Fabrikation von Teerfarben und der von Arzneien, Sprengstoffen und Giftgasen! — die nach dem Krieg auf Friedensproduktion umgestellt und durch Subventionen, Zölle und Einfuhrverbote unterstützt wurden. Etwa 50 Prozent des Farbenabsatzes der Vorkriegszeit war für die deutsche Chemiefabriken verloren.

Auch in Frankreich ist mit Staatshilfe aus militärischen Gründen die chemische Industrie so weit entwickelt worden, daß sie heute alle Zweige der organischen und anorganischen Chemie umfaßt. Unter Führung des Etablissements Kuhlmann bildete sich ein großer Trust, die Compagnie Nationale des Matières Colorantes et Manufactures de Produits Chimiques du Nord Réunies Etablissement Kuhlmann. Mit diesem Konzern schloß die IG in den Jahren 1927 bis 1929 ein Abkommen, das sich nicht nur auf den Verkauf erstreckt, sondern auch „ein intimes Zusammenarbeiten auf technischem Gebiet vorsieht“ (Bosch). Die Schweizer Farbenindustrie wurde dann in das Abkommen einbezogen.

Der Block, den die drei Länder gebildet haben, beherrscht — nach Wickel — heute rund 61 Prozent der Weltproduktion an Farbstoffen. Sein Anteil am Weltmarkt in Farben beträgt sogar 89 Prozent. Dabei liegt die besondere Stärke dieser Organisation darin, daß sie die hochwertigsten Farben produziert und exportiert. Zwar ist die Farbstoffindustrie der USA bis auf wenige Farben und Zwischenprodukte von jeglicher Einfuhr unabhängig. Sie wird darum zum gefährlichsten Konkurrenten des europäischen Kontinentalblockes werden. Aber die IG hat ein Monopol auf einzelne hochwertige Farben, auf deren Einfuhr kein Land ganz verzichten kann, ohne seine Textilindustrie und viele andere Industriezweige im internationalen Wettbewerb zu gefährden.

Von diesen Produktionsmonopolen aus konnte die IG den kontinentalen Block schaffen, der Anfang 1931 durch die Verbindung mit der italienischen Farbenindustrie einen weiteren Machtzuwachs erhielt. Die Sachlage ist heute so, daß die IG gemeinsam mit dem größten italienischen Chemietrust, der Montecatini, die italienische Farbenindustrie beherrscht. Auf „Anregung Mussolinis“ hat die Montecatini die entsprechenden Vereinbarungen mit der IG getroffen, die „für Italien eine gesunde Entwicklung der organischen chemischen Industrie sichern, die im Frieden für die Volkswirtschaft und im Kriege für die Verteidigung des Landes von so großer Bedeutung“ ist. (Geschäftsbericht der Montecatini für das erste Halbjahr 1931.)

Ende Februar 1932 hat der Farbenblock mit dem englischen Chemietrust Verhandlungen getroffen über eine gewisse Zusammenarbeit und Arbeitsteilung auf den bis dahin besonders heftig umstrittenen Märkten in Asien und Europa. „Was aus dieser noch sehr lockeren englisch-kontinentalen Alliance bei einer Besserung der Wirtschaftslage werden wird, bleibt abzuwarten.“ (Wickel.)

## IG-Verträge mit Japan und der Sowjet-Union.

Außerordentlich interessant sind die Verbindungen der IG mit dem japanischen Farbestrust (Nippon Senryo). Nachdem die japanische Regierung im Juni 1924 für die wich-

tigsten Teerfarben ein Einfuhrverbot erlassen hatte, das nur Deutschland gegenüber zur Anwendung kam — die anderen Länder konnten infolge von Handelsverträgen dem Einfuhrverbot nicht unterworfen werden —, fuhr Professor Haber Ende des gleichen Jahres nach Japan, um eine Zusammenarbeit mit der japanischen chemischen Industrie anzubahnen. Die Art der von ihm geplanten Zusammenarbeit charakterisierte Haber in einer Rede vor japanischen Industriellen mit den Worten:

## Steigende Schikanen — schrumpfender Handel.

### Diesselts und jenseits der Zollmauern.

Ware	Ort	Diesselts		Jenseits		
		in Mark	per Tonne	in Mark	per Tonne	
		Juni 1929	Anfang Juli 1932		Juni 1929	Anfang Juli 1932
Weizen	Berlin	214,90	288,—	Hamburg unverzollt	195,20	88,10
Zucker	Magdeburg	890,—	426,—	New York	164,80	97,20
Steinkohle	Rheinland-Westfalen	16,87	14,21	Rotterdam	18,98	18,58
Stabeisen	„	141,—	110,—	Antwerpen	119,25	41,72

### Der Koloradokäfer, ein nützliches Tier.

Bekanntlich verlangen großagrarisches Interessenten seit langem unter Berufung auf den Koloradokäfer (Kartoffelkäfer) eine weitgehende Sperrung der deutschen Grenze gegen die Einfuhr von Agrarprodukten.

Da der Kartoffelkäfer trotz aller großagrarisches Bemühungen in Deutschland noch nicht eingedrungen ist, werden der Presse Meldungen übergeben und von ihr auch brav verbreitet, Koloradokäfer seien in der Gegend von Frankfurt a. M., ja seien sogar schon weiter westlich, in Dresden, festgestellt worden.

Hierzu wird amtlich mitgeteilt, daß die Untersuchung in allen gemeldeten Fällen ergeben hat, daß es sich nicht um den Koloradokäfer, sondern um andere harmlose Käferarten handelte.

Der Koloradokäfer, dieses zur Begründung von Grenzsperrungen so nützliche Tier, ist zur Zeit nirgends in Deutschland feststellbar. Schade, — werden mancho sagen.

### Milzbrand, eine nützliche Krankheit.

Die Vertreter des Reichsverbandes Deutscher Bürsten- und Pinselfabriken, der Industrie- und Handelskammer Nürnberg und des Bürsten- und Pinselmacherhandwerks haben im Reichsgesundheitsamt darauf hingewiesen, daß gegenüber den zunehmend eingeführten russischen Pinseln Milzbrandverdacht bestünde. Da in den diesbezüglichen Meldungen nichts darüber enthalten ist, daß tatsächlich Milzbrandfälle durch russische Pinsel verursacht sind, liegt die Vermutung nahe, daß die deutsche Pinselindustrie sich auf diese nicht mehr außergewöhnliche Weise lediglich der unbequemen Konkurrenz erwehren will. H. Lm.

### FRANKREICH

**Schrumpfender Außenhandel:** Wir vergleichen die Ein- und Ausfuhr Frankreichs im ersten Halbjahr 1931 und 1932: Die Einfuhr sank von 23,2 auf 15,2 Milliarden Francs, die Ausfuhr von 16 auf 10 Milliarden Francs, der Einfuhrüberschuß von 7,2 auf 5,2 Milliarden Francs.

### SCHWEIZ

**Schrumpfender Außenhandel, steigende Einfuhrmenge:** Der gesamte Schweizer Außenhandel beträgt 1323 Millionen Franken im ersten Halbjahr 1932 gegenüber 1819 Millionen Franken in der gleichen Zeit des Vorjahres. An dem Rückgang ist die Einfuhr mit 203 Millionen Franken beteiligt und die Ausfuhr mit 293 Millionen. Die Einfuhrschrumpfung ist jedoch nur wertmäßig; die Einfuhrmenge ist gestiegen.

**Deutschlands Anteil am schweizerischen Gesamtimport** erhöhte sich von 25 auf 29 Prozent. Die schweizerische Ausfuhr nach Deutschland sank von 112 Millionen Franken auf 60 Millionen Franken. Noch stärker sanken die schweizerischen Lieferungen nach England, und zwar von 115 Millionen auf 50 Millionen Franken.

### OESTERREICH

**Immer noch großer Einfuhrüberschuß!** Im ersten Halbjahr 1932 betrug die Einfuhr nach Oesterreich 759 Millionen Schilling, die Ausfuhr 390 Millionen Schilling. (Im ersten Halbjahr 1931 betrug die Einfuhr: 1117 Millionen Schilling, die Ausfuhr 671 Millionen Schilling.) Der Einfuhrüberschuß beträgt 369 Millionen Schilling, rund 185 Millionen Mark. — Für ein Schuldnerland ist ein Einfuhrüberschuß in dieser Höhe unerträglich.

### BULGARIEN

**Schienen gegen Tabak:** Laut Verfügung des Finanzministers darf die Eisenbahndirektion nur aus solchen Staaten Bahnmateriale beziehen, die bulgarischen Tabak beziehen. Im Vorjahr kam ein Abschluß über die Lieferung von Schienen mit Polen im Wert von 80 Millionen Lewa (2,5 Millionen Mark) zustande. Da sich viele ausländische Firmen weigern, Tabak in Zahlung zu nehmen, herrscht bei der Eisenbahndirektion Warenmangel: In den Bahnwerkstätten von Sofia fehlt es an Schmieröl; das Öl wird in kleinen Mengen bei örtlichen Händlern eingekauft. — Ganz so einfach ist die Naturalwirtschaft anscheinend doch nicht durchzuführen!